

## PRESSEMITTEILUNG

### **„Die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen wird kommen“ – BMJV will Rechtsform „konstruktiv umsetzen“**

Die Koalitionsparteien bekennen sich auf der SO:25-Konferenz für  
Verantwortungseigentum klar zur neuen Rechtsform

**Berlin, 9. Oktober 2025:** Bei der nach 2022 und 2023 dritten Ausgabe der SO-Konferenz für Verantwortungseigentum (engl.: Steward-Ownership) kamen rund 450 UnternehmerInnen, Investierende sowie Wissenschaft und Politik aus insgesamt rund 20 Ländern zusammen, hunderte schauten per Live-Stream zu. Neben internationalen Stimmen wie Prof. Colin Mayer von der University of Oxford, Brenna Davis vom US-Unternehmen Organically Grown Company oder Ben Cohen, dem Gründer der Eismarke Ben & Jerry's, waren auch die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU ein Schwerpunkt.

Eigentlich wollte Bundesjustizministerin Stefanie Hubig persönlich zu den 450 Teilnehmenden sprechen, musste dann aber terminbedingt vom parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium, Frank Schwabe, vertreten werden. Schwabe sagte, die neue Rechtsform sei eine „großartige und spannende Idee“ und machte sogleich die Linie des Ministeriums klar, auch im Namen der Bundesjustizministerin: „Letztlich muss es jedem möglich sein, ohne große Hürden eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen zu gründen.“ Er fügte hinzu: „Die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen wird kommen.“

Daher halte man sich an den Koalitionsvertrag. „Wir wollen die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen einführen“, heiße es dort. „Dem fühlen wir uns verpflichtet.“ Der Koalitionsvertrag mache dafür vier klare Vorgaben. „Erstens: Es soll eine eigenständige Rechtsform geben. Zweitens: Sie soll mitgliederschaftlich strukturiert sein. Drittens: Die Vermögensbindung soll unabänderlich sein. Und viertens: Es sollen keine steuerlichen Privilegierungen oder Diskriminierungen damit verbunden sein. Diese Vorgaben werden wir konstruktiv umsetzen. Wir arbeiten daher an einer eigenständigen Rechtsform mit Merkmalen einer Genossenschaft.“ Es sei für das BMJV „gesetzgeberisch eine spannende Aufgabe, dem deutschen ‚numerus clausus‘ der gesellschaftsrechtlichen Rechtsformen eine neue Rechtsform hinzuzufügen.“

### **BMJ: Vermögensbindung wird „konsequent und konform mit EU-Recht“ abgesichert – Union, SPD und Grüne im Schulterschluss**

Damit entsprechen die Pläne des Ministeriums den Bedürfnissen der Praxis, der in der Vergangenheit immer wieder von rund 2.000 Unternehmen, knapp [30 Wirtschaftsverbänden](#) und auch der Stiftung Verantwortungseigentum öffentlich kundgetan wurde, zuletzt u.a. bei einem großen [Symposium](#) im Bundestag vor rund einem Jahr. Bei diesem stellte eine Expertengruppe von Rechtswissenschaftler:innen auch erstmals einen fertigen eigenständigen Gesetzentwurf vor.

Staatssekretär Schwabe erklärte nun, man wolle der Kernidee der neuen Rechtsform gerecht werden – mit mitgliedschaftlicher Logik und unabänderlicher Vermögensbindung. Diese werde man „absichern, konsequent und konform mit EU-Recht“, so Schwabe. Die Ministerin selbst hatte schon bei ihrer Antrittsrede im Bundestag im Mai signalisiert, die Rechtsform einzuführen: „Die Welt hat sich verändert, und so muss sich auch das Recht verändern.“

Vom Koalitionspartner war auf der SO:25 bei einem anschließenden Panel in ausgesprochen lockerer, aber nicht minder entschiedener Atmosphäre ähnliches zu vernehmen. Günter Krings, Jurist und Unions-Fraktionsvize, wurde sehr deutlich: „Wir brauchen diese Möglichkeit eben auch für den Mittelstand. Und da ist das, was an Stiftungsmodellen die ganzen Großen, die Boschs der Welt machen können, eben nicht tauglich. Insofern ist das ein ganz wichtiger Lückenschluss.“ Und mit einer Anspielung auf die vergangene Legislatur erklärte Krings: „Und diesmal wollen wir’s auch umsetzen.“

Esra Limbacher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, pflichtete Krings bei und betonte im Anschluss, man habe sich schon oft getroffen und darüber geredet, wie man es richtig machen würde. „Ich würde mich freuen, wenn wir nächstes Jahr hierher kommen und sagen, wie wir es richtig gemacht haben.“

Und auch die GRÜNEN begrüßen, diesmal aus der Opposition heraus, die Pläne der Koalition. Katharina Beck, finanzpolitische Sprecherin, die das Thema auch schon in Ampel-Zeiten als Berichterstatterin für ihre Fraktion vorantrieb, erzählte: „Ich bin ja selber auch Gründerin und habe ganz lange in der Wirtschaft gearbeitet, und wenn dort so ein Bedarf ist, den ich ja wahrnehme, wenn Unternehmerinnen und Unternehmer Warteschlangen machen, weil sie das endlich haben wollen, wenn ein Bedarf auch im Mittelstand bei Nachfolgeproblematiken da ist und eigentlich niemandem was weggenommen wird – nicht nur eigentlich: es wird niemandem was weggenommen, es wird einfach nur der Kanon erweitert, spricht für mich nichts dagegen, es zu tun, aber viel dafür, weil es einfach die Auswahlmöglichkeiten erleichtert.“

## **Stiftung Verantwortungseigentum optimistisch, dass Regierung Wort hält**

„Wir freuen uns sehr über diese Klarheit aus dem Ministerium“ erklärte im Anschluss Dr. Till Wagner, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Verantwortungseigentum. „Das stimmt uns überaus optimistisch, dass die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen in dieser Legislatur eingeführt wird.“

Armin Steuernagel, ebenfalls geschäftsführender Vorstand der Stiftung, ergänzt: „Mit dem Gesetzentwurf der Expertengruppe gibt es eine sehr gute Grundlage. Wichtig ist, dass die Rechtsform für die Praxis gut funktioniert. Und die Vorgaben, die der Koalitionsvertrag macht, gehen genau in diese Richtung. Sie sind zentral für eine treuhändische Weitergabe, damit die Rechtsform den Nachfolge-Pool vergrößert und Unternehmen einfacher Nachfolger finden. Wir sind froh, dass dies in der Bundesregierung genauso gesehen wird.“

## **Konferenz zeigt wachsendes Interesse an Steward-Ownership weltweit – Rückenwind von der University of Oxford und Harvard Business School**

Steward-Ownership bzw. Verantwortungseigentum gewinnt weltweit an Dynamik – als Eigentumsform, mit der Unternehmen langfristig orientiert wirtschaften und unabhängig bleiben. Das wachsende internationale Ökosystem fand auf der [SO:25-Konferenz](#) zusammen. Bei seiner Eröffnungsrede betonte der Ökonom Prof. Colin Mayer von der University of Oxford das Potential dieser Form von Unternehmenseigentum: „Steward-ownership is the potential solution to ensuring that business solves our problems“, so Mayer. „It needs a form of commitment, commitment to ensuring that there are the assets and the investments needed to solve those problems and ensuring that the companies that employ those assets have the right objectives in terms of their problem-solving purposes.“

Eine zweite gewichtige Stimme aus der Wissenschaft kam von der Harvard Business School. Dort wurde vergangenes Jahr ein Ownership-Projekt ins Leben gerufen, u.a. von Prof. Nien-hê Hsieh. Er erklärte in einem Konferenz-Panel, dass die Behandlung dieses Themas für eine Business School im Grunde unabdingbar sei – und dennoch oft vernachlässigt werde: „And if we are to be true to our mission as a business school, we should actually be quite critical and creative in thinking about the whole range of ways in which we can think about structuring ownership.“ Insbesondere relevant sei dies, so Hsieh, angesichts der Nachfolge-Krise, die neben Deutschland und anderen Ländern auch in den USA zu beobachten sei. Hier brauche es Alternativen: „Maybe with that generational shift, if we can get people to understand that there are other alternatives out there for thinking about it, that might be a way to move things forward.“

In einem Eröffnungs-Video wurden zu Beginn Statements verschiedener Persönlichkeiten aus Unternehmertum, Wissenschaft und Finanzwelt gezeigt, darunter Michael Otto, Vorsitzender des Stiftungsrats der Otto Stiftung: „Als Familienunternehmer ist es mir natürlich wichtig, die Eigenständigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Otto Group zu gewährleisten. Diese Werte und Familienunternehmer-Traditionen werden auch durch Verantwortungseigentum über die Familie hinaus lebbar und zukunftsfähig gemacht.“

Auch Ben Cohen kam zu Wort, einer der Gründer der Eismarke Ben & Jerry's. Er und sein Co-Gründer Jerry Greenfield hatten ihr Unternehmen im Jahr 2000 an den Konzern Unilever verkauft. Derzeit machen sie Schlagzeilen mit dem Vorhaben, Ben & Jerry's freikaufen zu wollen, um die Entscheidungsmacht der Eismarke wiederherzustellen. „Separate the money from the power“, das sei die Lehre aus seinen Erfahrungen, sagte Cohen in einem Einspieler auf der Konferenz. Genau dafür sorgen Verantwortungseigentum beziehungsweise treuhändische Eigentumsstrukturen, die seit Jahrzehnten von Pionieren wie Bosch, Zeiss und in jüngerer Zeit auch Patagonia oder Lidl umgesetzt werden, um die jeweiligen Unternehmen langfristig unabhängig zu halten.

## **Haferkater: Beispiel für gelungenen Rückkauf und Übergang zu Verantwortungseigentum**

Wie es gehen kann, zeigte auf der SO:25 auch das Beispiel Haferkater: Co-Gründer Leandro Burguete berichtete vom Weg des jungen Unternehmens zu

Verantwortungseigentum. Nach seiner Gründung 2014 hatte Haferkater Katjes Greenfood und Zentis Ventures als Investoren ins Boot geholt, deren Anteile das Unternehmen vergangenes Jahr dank einer erfolgreichen Fundraising-Runde zurückkaufen konnte. Dabei kamen fast 6 Millionen Euro zusammen. Seitdem ist Haferkater ein Unternehmen in Verantwortungseigentum und bleibt langfristig selbstbestimmt.

Genau das ist aktuell jedoch nur über juristische Umwege machbar – zum Beispiel über komplexe Stiftungsstrukturen, die in der Regel aufwendig und teuer sind. Um Verantwortungseigentum auch für kleine und mittlere Unternehmen umsetzbar zu machen, wird der Ruf nach einer eigenen Rechtsform immer lauter.

Die SO:25 wurde von der Purpose Foundation in Kooperation mit der Stiftung Verantwortungseigentum organisiert. Weitere Informationen, Unternehmens-Beispiele und weitere Links finden Sie im [ausführlichen Presse-Kit](#).

Die Rede des Staatssekretärs können Sie [HIER](#) ansehen, das anschließende Panel [HIER](#).

### **Pressekontakt**

Dr. Christoph Bietz

Leiter Kommunikation & PR

mobil: 01525-3461917

mail: [presse@stiftung-verantwortungseigentum.de](mailto:presse@stiftung-verantwortungseigentum.de)

weitere Infos: SO:25 [Presse-Kit](#)



*Parl. Staatssekretär Frank Schwabe, Foto: Anna Wyszomierska*



*Panel mit Esra Limbacher (SPD), Katharina Beck (GRÜNE), Günter Krings (CDU) und Armin Steuernagel (Stiftung Verantwortungseigentum), Foto: Anna Wyszomierska*